



Herausgegeben von

Marc Seifert, Markus Egert, Fabian Heerbaart, Kathrin Kolossa, Mareike Limanski, Meikal Mumin,
Peter André Rodekuhr, Susanne Rous, Sylvia Stankowski und Marilena Thanassoula

Militarisierte Flüchtlingsiedlungen in Afrika:

Hintergründe eines Sicherheitsproblems

Felix Gerdes, Department Sozialwissenschaften der Universität Hamburg

Abstract

This article links the phenomenon of militarised refugee camps and settlements to exclusive war strategies on the one hand and vested political interest in the host state on the other. Society is understood as the interplay of political, economic and symbolic reproduction. Contradictions in these three dimensions form the background of organised armed conflict. Using the formula of "self-perpetuation of warfare", the author shows that massive violence and consequent flight sharpen existing contradictions. Flight represents the exclusion of certain groups from political, economic and symbolic systems of reproduction in the home country. Instead of integrating into civilian life in the host country, refugees in militarised camps integrate into an insurgent order described as an idealtypical "order of refugee armies".

The incidence of militarised refugee populations is overrepresented in Africa. The analysis links the phenomenon of refugee-warriors to a common characteristic of the host states particularly prevalent in Africa: instability and heavy informalisation of politics. In the quest for power, host state actors try to increase their power resources by establishing alliances with armed refugee actors. Countries in which refugee-warriors can become active are typically those where the ruling regime faces strong opposition, where political structures are authoritarian and competition for power is hardly institutionalised, and where informal political structures extend into the security sector.



1. Einleitung

Als im Jahr 1994 eine aus Flüchtlingen der zweiten und dritten Generation bestehende Rebellenarmee gegen die Regierung Ruandas vorrückte, initiierte diese den Völkermord an der Ethnie der Tutsi. Innerhalb von drei Monaten wurden zwischen 500.000 und eine Million Menschen ermordet, bevor die Regierungstruppen schließlich zum Rückzug gezwungen wurden. Auf ihrer Flucht folgten ihnen etwa zwei Millionen Zivilisten. Unter den circa 900.000 Flüchtlingen, die sich in den Osten Zaires (heute Demokratische Republik Congo, DRC) zurückzogen, befanden sich zwischen 120.000 und 225.000 *Génocidaires* (Waal 1997:211, Adelman 2003:99). Hierunter waren 50.000 bis 65.000 der Armee und der *Interahamwe*-Miliz zuzurechnen (Emizet 2000:165). Die Kräfte des ehemaligen Regimes reorganisierten sich innerhalb kürzester Zeit in den riesigen Flüchtlingslagern, die sie bald offen kontrollierten. Durch den Zugriff auf Hilfsgüter wurden ihre organisatorischen Kapazitäten massiv gestärkt (Adelman 2003, Gerdes 2006:53-68). In den folgenden zwei Jahren führten sie umfangreiche Angriffe auf Ruanda und kongolesische Gruppen durch. Schließlich marschierte 1996 die neue ruandische Armee mit einer verbündeten kongolesischen Rebellenarmee in die DRC ein und löste die Flüchtlingslager auf. Hiermit konnte die Destabilisierung der Region jedoch nicht mehr gestoppt werden, vielmehr mündete die Situation in einem der opferreichsten Kriege Afrikas.

Die Ereignisse in Ostzaire bewirkten sowohl eine massive Kritik an humanitärer Hilfe als auch eine Diskussion in humanitären und akademischen Zirkeln über das bisher weitgehend verdrängte Problem militarisierter Flüchtlingslager. In diesem Beitrag wird zunächst der Forschungsstand der akademischen Diskussion zusammengefasst. Anschließend werden unter der Formel der Ordnung von Flüchtlingsarmeen Erklärungen des Phänomens integriert. Im letzten Punkt wird, anknüpfend an das Konzept der Ordnung von Flüchtlingsarmeen, näher auf die Beziehung zwischen Rebellenarmeen und dem Aufnahmeland eingegangen, womit zur Schließung der bedeutendsten Forschungslücke beigetragen werden soll.

Der Forschungsgegenstand sind hierbei militarisierte Flüchtlingslager. Der Einfachheit halber werden eher temporäre und dauerhafte Flüchtlingsansammlungen unter dieser Bezeichnung zusammengefasst. Flüchtlingslager sind als militarisiert zu betrachten, wenn sie über längere Zeiträume von strategischer Bedeutung für bewaffnete Gruppen sind. Kern dieser



strategischen Bedeutung ist, dass Ressourcen des Flüchtlingslagers – humanitäre Hilfe, Sicherheit – für Kriegszwecke verwendet werden. Eine ständige Präsenz von Kriegsakteuren ist nicht erforderlich, wohl aber enge wirtschaftliche, politische oder soziale Beziehungen zwischen Flüchtlingsbevölkerung und bewaffneten Akteuren (vgl. Lischer 2000, Zolberg et al. 1989).

2. Ein Forschungsüberblick

Eine erste umfassende Fallstudie widmete sich der Militarisierung kambodschanischer Flüchtlingslager in Thailand (Reynell 1989). Der Fall stand im Zeichen des Kalten Krieges und die Analyse hob die Bedeutung der als humanitäre Hilfe getarnten Unterstützung des Westens für Konfliktparteien hervor. Spätere Untersuchungen betonten dagegen lokale und regionale Faktoren. In der ersten Arbeit dieser Denkrichtung stellten Zolberg et al. (1989) die Hypothese auf, dass die Gründe, aus welchen Menschen zu Flüchtlingen wurden, auch erklären würden, warum sie sich bewaffnen. Militarisierung von Flüchtlingslagern wurde als Aspekt der politischen Auseinandersetzungen im Herkunftsland betrachtet. Im Anschluss an die Krise in Zaire geriet dann die humanitäre Hilfe ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Jean & Rufin (1999, erstmals 1996) hatten in ihrer Pionierarbeit zur "Ökonomie interner Kriege" "humanitäre Rückzugsgebiete" als herausragenden Faktor für die wirtschaftlichen Überlebenschancen von Rebellen betont. Luttwak (1999) bezeichnete Flüchtlingshilfe gar als die "most destructive" Form humanitärer Unterstützung. Sie verlängere Kriege, da sie eine Erschöpfung der Kombattanten systematisch verhindere. Überdies blockiere sie die Reintegration von Flüchtlingen, da sie materielle Anreize für die Aufrechterhaltung partikularer Identitäten biete (Luttwak 1999:41f). Spätere Analysen hoben dagegen hervor, dass humanitäre Hilfe typischerweise aus Gütern geringen Wertes besteht, und sie meist nur eine untergeordnete Bedeutung in der Ökonomie bewaffneter Gruppen einnimmt (Shearer 2000).

Eine wesentliche Forschungslücke bestand im geringen Wissen über Formen und Ausmaße politischer Gewalt durch Flüchtlinge. Lischer (2000) untersuchte diese erstmals mit quantitativen Methoden. Militäraktionen von Flüchtlingen gegen das Heimatland betrafen die



höchste Anzahl von Flüchtlingen und zeigten die größte Intensität und Dauer. Fast ebenso viele Flüchtlinge sind in Gewalt zwischen Flüchtlingen und Aufnahmeland verwickelt. Solche Auseinandersetzungen sind aber von geringer Intensität und Dauer. Die Gewalt ist von Seiten der Flüchtlinge wenig organisiert, und Sicherheitskräfte des Aufnahmelandes bringen die Situation in aller Regel schnell unter Kontrolle. Lischers Analyse zeigte gewaltige Unterschiede zwischen Flüchtlingskrisen auf. "In most years, over one hundred states host refugees, yet 95% of all violence usually takes place in fewer than fifteen states" (Lischer 2000:2). Bei 156 Gastländern "only ten host states reported violence for more than half of the twelve years studied" (Lischer 2000:11). Afrika stellt einen klar überproportionalen Anteil an diesen Gastländern. Unter den neun Flüchtlingsnationalitäten, die in andauernde und intensive Gewalt verwickelt waren, führten mindestens sechs Angriffe auf ihr Heimatland durch.¹ Alle diese Flüchtlingsgruppen waren auch in andere Gewalttypen verwickelt, insbesondere in Auseinandersetzungen mit Gruppen des Aufnahmelandes und anderen Flüchtlingen. Relativ zeigt sich jedoch eine Dominanz des Phänomens grenzüberschreitender Aktionen von Flüchtlingen. Dies legt nahe, grenzüberschreitende Gewalt zum primären Untersuchungsgegenstand zu machen, während andere persistente Formen der Gewalt Begleiterscheinung von Rebellenaktivitäten gegen das Heimatland sein mögen.

Eine weitere Gruppe von Ansätzen betonte die Situation im Aufnahmeland. Karen Jacobsen (2000) argumentierte, Verhältnisse im Gastland und Charakteristika des Flüchtlingszustroms bildeten zusammengenommen den "political and security context of refugee populated areas." Eine allgemeine Erklärung für die Militarisierung von Flüchtlingslagern ließ sich jedoch nicht aus ihrem Analyserahmen ableiten. Adelman (1998) war in seiner Analyse konkreter und sah die wesentlichen Ursachen der Militarisierung von Flüchtlingen in der Internationalen Gemeinschaft und dem Aufnahmeland. Beiden wurde zur Last gelegt, keine friedlichen Lösungswege für die Probleme der Flüchtlinge anzubieten und grenzüberschreitende

¹ Laut Lischer waren Mosambikaner (in Zambia und Zimbabwe), burmesische Flüchtlinge in Thailand und Sierra Leone in Liberia nicht in Angriffe auf das Heimatland verwickelt, sondern ausschließlich Opfer von Gewalt durch das Heimat- oder Aufnahmeland. Mit Ausnahme des ersten Falles ist Lischers Einschätzung fragwürdig. Burmesische Rebellen konnten lange Zeit ungehindert aus Flüchtlingslagerungen in Thailand agieren (vgl. Adelman 1998). Die Beziehungen zwischen beiden Ländern haben sich zwischenzeitlich stark verbessert, und Thailand ging seither aggressiv gegen zivile und bewaffnete Flüchtlinge in der Grenzregion vor. Die Gewalt ist in weiten Teilen eine Folgeerscheinung der einstigen Beziehungen zwischen thailändischen Eliten und burmesischen Rebellen. Auch waren Flüchtlingslager in Liberia von Rebellen Sierra Leones infiltriert (HRW 1998:29).



Aktivitäten zu dulden (Adelmann 1998:63f). Es bleibe allerdings zu klären, warum Gastländer die Aktivitäten bewaffneter Flüchtlinge dulden.

Eine erste umfassende Untersuchung militarisierter Flüchtlingslager legten Stedman & Tanner (2003) vor. Sie betonten, dass Flüchtlinge eine Ressource für Konfliktparteien seien und von diesen interessengeleitet manipuliert würden. Aufnahmeländer wiederum würden ausländische bewaffnete Akteure aus sicherheitspolitischen Erwägungen heraus unterstützen und damit deren Kapazitäten zur Manipulation stärken. Die Analyse wendete sich insbesondere gegen Zolberg et al., die von einer Unterstützung der Rebellen durch die Flüchtlinge ausgingen. Sie würden dabei übersehen, dass Rebellen oft wenig Legitimität unter den Flüchtlingen genießen und sich mit repressiven Mitteln in Flüchtlingslagern etablieren würden. Des Weiteren würden Rebellen den Zugang zu Informationen in Flüchtlingslagern kontrollieren, wodurch sie die Meinung der Flüchtlinge in ihrem Interesse manipulieren könnten. Dem ist entgegenzuhalten, dass Rebellen eine soziale Basis benötigen. In aller Regel unterstützt nur ein Bruchteil der sozialen Basis die Rebellen direkt, und die Situation in Flüchtlingslagern ist hier keine Ausnahme. Des Weiteren ist der Zugang der einfachen Bevölkerung zu Informationen in Drittweltländern immer relativ stark eingeschränkt und durch Strategien und Interessen von Eliten konditioniert. Auch setzt Mitgliedschaft in Rebellengruppen nicht unbedingt eine ideologische Unterstützung dieser voraus. So ist die Bereitschaft, sich in Sierra Leone und Liberia einer bewaffneten Kraft anzuschließen, vielfach durch Möglichkeiten zur Sicherung des physischen und materiellen Überlebens motiviert gewesen. Diese Kombattanten wurden wiederum nicht unwesentlich durch Kontrollmechanismen und Sanktionen an die Führung gebunden.

In einem von Muggah (2006) herausgegebenen Sammelband wurde erstmals die Militarisierung von Flüchtlingen in Afrika umfassend analysiert. Die Beiträge untersuchten unter anderem die Rolle humanitärer Hilfe, den historischen und politischen Kontext der Militarisierung und auch technische Maßnahmen zu deren Beseitigung. Muggah kam zu dem Ergebnis, dass der Krieg im Herkunftsland, regionale Konflikte bzw. Spannungen zwischen Herkunfts- und Aufnahmeland sowie die Unterstützung von Flüchtlingsarmeen durch das Gastland für die Militarisierung von Flüchtlingslagern entscheidend sind. Einer solchen Militarisierung können technische Mittel wie eine weite Entfernung zwischen



Flüchtlingslagern und Grenze, Sicherheitspatrouillen in Lagern und Umgebung, übersichtliche Flüchtlingslager etc. effektiv entgegen wirken.

In diesem Beitrag wird – in Abgrenzung zu Stedman & Tanner – argumentiert, dass Flüchtlingsarmeen als Teil einer Ordnung des Krieges analysiert werden müssen. Für diese Kriegsordnung ist der Ausschluss aus der Ordnung des Heimatlandes ebenso bedeutsam wie ein Mangel an Alternativen sowie Repression und Legitimität von Rebellengruppen. Als entscheidend werden das Gastland bzw. die Hintergründe der Haltung des Gastlandes behandelt. Technische Mittel werden als gegeben angesehen, ob diese eingesetzt werden, hängt von politischen Kalkülen des Regimes des Gastlandes ab.

3. Die soziale Ordnung von Flüchtlingsarmeen

Die folgende Darstellung stützt sich auf Elias' (1983) Theoriegebäude, das Gesellschaft als Einheit dreier Dimensionen gesellschaftlicher Reproduktion versteht. Diese Dimensionen sind funktional definiert: Als politische Reproduktion wird die Kontrolle von Gewaltausübung verstanden, als materielle Reproduktion die Organisation von Produktion und die Verteilung von Gütern und als symbolische Reproduktion die Bereitstellung kollektiver Vorstellungen, die aufeinander bezogenes Handeln ermöglichen. Die drei Dimensionen hängen eng zusammen, und keine kann für sich als Motor sozialen Wandels angesehen werden. Die Kontrolle über jede der Funktionen stellt eine Machtressource dar, die immer ungleich verteilt ist. Gesellschaftlicher Wandel vollzieht sich durch Interaktion von Machtressourcen einsetzenden Akteuren. Um eine, immer nur zeitlich begrenzte, stabile, gesamtgesellschaftliche Machtposition einnehmen zu können, müssen Akteure Machtressourcen aller drei Ebenen kontrollieren. Über eine solche (niemals vollkommene) Deckung der Dimensionen stellt sich gesellschaftliche Ordnung her. Die im Fokus der Untersuchung stehende gesellschaftliche Ordnung wird hier als Ordnung der Flüchtlingsarmee bezeichnet. Diese ist als idealtypisch zu verstehen, wie sich schon daran zeigt, dass Rebellengruppen meist nicht nur aus Flüchtlingen bestehen.

Die Analyse bedient sich des Weiteren eines vereinfachten Modells der Kriegsursachenforschung, das zwischen Bedingungen des Krieges und Gewinnung von



Konfliktkapazitäten unterscheidet (vgl. Siegelberg 1994, vgl. Jung 1995). Diese Bedingungen lassen sich als Widersprüche innerhalb einer sozialen Ordnung ausdrücken. Akteure müssen jedoch organisatorische Kapazitäten aufbauen, Kriegführung finanziell untermauern und Kombattanten zur Gewaltausübung mobilisieren, damit Widersprüche sich in gewaltsamem Konfliktaustrag umsetzen können.

Auf allen Ebenen ist in der heutigen Welt der "Staat" der typische Akteur. Flüchtlinge sind dadurch charakterisiert, dass der Staat des Heimatlandes ihnen keine Sicherheit mehr bietet bzw. meist selbst zur Sicherheitsbedrohung geworden ist. Muster der Gewalt folgen tendenziell bestimmten Logiken. Gewalt ist vielfach gegen bestimmte, einer politischen Kraft zugerechneten Bevölkerungsgruppen gerichtet. Der Krieg dient zur Legitimation verstärkter Repression und als Deckmantel, unter dem vermeintliche politische Gegner inklusive ihrer sozialen Basis eliminiert werden können (vgl. Keen 2000). In diesem Fall werden tendenziell bereits vor dem Krieg bestehende Gegensätze drastisch verschärft. Im Extremfall ist Sicherheit vollkommen privatisiert und kommt nur einem kleinen Kreis von Günstlingen des staatlichen oder nicht-staatlichen Herrschers zugute (Reno 2000:46f). In Folge werden Gegensätze neu geschaffen oder verstärkt und nehmen die Form eines Widerspruchs zwischen Eingeschlossenen und Ausgeschlossenen einer politischen Ordnung an.

Auf wirtschaftlicher Ebene vollziehen sich analoge Prozesse. Bereits im Vorfeld von Kriegen findet in der Regel ein Ausschluss aus staatlichen Patronagenetzen statt. Im Verlauf des Krieges wird mit dem Entzug von Sicherheit auch die Möglichkeit zur selbständigen Versorgung entzogen. Wirtschaftliche Vorteile der Gewaltausübung sind ein wesentlicher Teil von Konfliktodynamiken. Plünderungen, Monopolisierung von Wirtschaftszweigen durch die Eliminierung von Konkurrenten, Aneignung von Land und Arbeit bedingen eine Konzentration wirtschaftlicher Chancen auf der einen Seite und den Verlust derselben auf der anderen (Keen 2000). Als Folge werden große Bevölkerungsteile aus Systemen materieller Produktion ausgeschlossen.

In westlichen Staaten ist die hier relevante symbolische Reproduktion in der Idee der Nation zusammengefasst. Diese ist in Afrika allgemein schwach ausgeprägt, wenngleich die postkolonialen Regime Symbolsysteme entwickelten, die die Legitimität der ererbten Herrschaftseinheit festigen sollten. In Kriegen werden diese Symbolsysteme auf die soziale



Basis von Konfliktparteien verkürzt, überwiegend in Form von Ethnizität. Gewalt gegen bestimmte Gruppen ist der konkrete Ausdruck des definitiven Ausschlusses aus imaginierten Schicksalsgemeinschaften.

Im Aufnahmeland wird Gewalt in der Regel durch den dortigen Staat kontrolliert. Sind Flüchtlingslager jedoch militarisiert, wird diese Funktionserfüllung ganz oder teilweise ausländischen Rebellengruppen überlassen. Diese fügen sich in die Gewaltordnung des aufnehmenden Staates ein (siehe Abschnitt 3). Im Gegensatz zur Situation im Herkunftsland sehen sich Rebellengruppen keiner Konkurrenz durch andere machtvollen Akteure ausgesetzt. Flüchtlingslager stellen aufgrund der Konzentration von Menschen vorteilhafte Institutionen für deren Kontrolle dar. Diese Agglomerationen verfügen zudem in der Regel über eine eigene politisch-administrative Struktur, welche die althergebrachte der Flüchtlingsbevölkerung überformt oder ersetzt. Mangelnde Konkurrenz, relativ hoher Organisationsgrad und Gewaltkapazitäten geben Flüchtlingsarmeen oft die Möglichkeit, diese und informelle Herrschaftsstrukturen zu besetzen. Einer der wichtigsten politisch-organisatorischen Vorteile einer Machtstellung in Flüchtlingslagern ist, dass diese zur freiwilligen oder erzwungenen Rekrutierung von Flüchtlingen eingesetzt werden kann.

Auf wirtschaftlicher Ebene reproduzieren sich Flüchtlinge primär durch humanitäre Hilfe, Subsistenzwirtschaft, landwirtschaftliche Lohnarbeit und Kleinhandel. Humanitäre Hilfe ist besonders für die Unterstützung von Kriegsökonomien geeignet, da sie auch bei Ausübung massiver Gewalt nicht versiegt. Aufgrund der regelmäßig zu hoch angesetzten Flüchtlingszahlen können Teile der humanitären Hilfe oft ohne drastische Auswirkungen auf die wirtschaftliche Lage der Flüchtlinge abgezweigt werden. Flüchtlingsarmeen können humanitäre Güter durch Raub, Kontrolle der Verteilung sowie durch Registrierung von Kombattanten als Flüchtlinge, Besteuerung und Spenden erlangen. Hierbei sind die letzten drei Wege die seit Ende des Kalten Krieges dominierenden. Nicht selten unterstützen auch von Flüchtlingen selbst erwirtschaftete Einnahmen Rebellengruppen (Gerdes 2006:26). Solche Einnahmen können allerdings relativ gut verborgen werden, und für den Zugriff ist ein höherer Grad an Legitimität der Rebellengruppen erforderlich. Die militärische Verwendbarkeit humanitärer Hilfe beschränkt sich im Kern auf die Versorgung von Kombattanten. Auch wenn Teile verkauft werden, sind die Gewinne zu niedrig, um militärische Kapazitäten signifikant zu stärken. Bei sehr schwachen Rebellengruppen kann



die Versorgung der Kombattanten in der Tat über den Fortgang des Krieges entscheiden. Allgemein führen jedoch eher verlustbringende militärische Pattsituationen (Zartmann 2001) und Probleme des Zugangs zu anderen Einnahmequellen (Collier 2004) zu Friedensprozessen. Flucht und die vorhergehenden Gewalterfahrungen gehen in Symbolsysteme ein, die Flüchtlingsarmeen ideologisch stützen. Geteilte Erlebnisse dieser Art stärken die Vorstellung der Zugehörigkeit zu einer Schicksalsgemeinschaft ebenso wie das Zusammentreffen vorher weit verstreuter Gruppen in Flüchtlingslagern.

People from very different regions of Burundi who had had little to do with each other prior to 1972 were thrown together in exile with a strong consciousness that they were there because of something they all had in common, their Hutuness. (Malkki 1995:102)

The Hutu refugees in the camp located their identities within their displacement, extracting meaning and power from the interstitial location they inhabited. Instead of losing their collective identity, this is where and how they made it. (Malkki 1995:16)

Die Bedeutung sozialer vertikaler und geographischer Mobilität für die Ausbildung von Wir-Gruppen ist theoretisch gut verarbeitet. Die Herauslösung aus alten sozialen Zusammenhängen bildet die Voraussetzung für die Etablierung neuer Gemeinschaften. Deren Konstituierung wiederum erfolgt durch kommunikative Prozesse (Anderson 1993, Elwert 1989). In Flüchtlingslagern finden bewaffnete Akteure ausgezeichnete Möglichkeiten, ihre Weltbilder und Ideologien den Massen zu unterbreiten. Üben diese Akteure eine umfassende Kontrolle aus, können sie ein Meinungsmonopol errichten, ein Prozess, der auch als Manipulation bezeichnet worden ist (Stedman & Tanner 2003).

4. Flüchtlingsarmeen und die Gewaltordnung des Aufnahmelandes

Erste im Anschluss an die Flüchtlingskrise in Zaire erschienene Analysen der Ursachen der Verwicklung von Flüchtlingen in Kriege haben sich stark auf die kriegsökonomische



Bedeutung humanitärer Hilfe konzentriert. In der Tat haben sich Hilfsorganisationen dort schwerer Versäumnisse schuldig gemacht (Gerdes 2006:53-68, Adelman 2003, Walle 1997). Angesichts dessen erscheinen Analysen aus dem Umfeld humanitärer Organisationen, welche die mangelnde Bereitschaft der Internationalen Gemeinschaft, Sicherheit für humanitäres Personal bereit zu stellen oder Kombattanten und *bona fide* Flüchtlinge zu trennen (vgl. Emizet 2000), als Versuch, von der eigenen Verantwortung abzulenken. Schließlich war die Demilitarisierung von Flüchtlingen niemals auf internationale Intervention zurückzuführen, und es gibt keinen Rechtsanspruch auf Interventionen zur Sicherung der zweckbestimmten Verwendung humanitärer Hilfe. Jüngere Analysen haben dagegen die Bedeutung des Aufnahmelandes für die grenzüberschreitenden Aktivitäten von Flüchtlingsarmeen betont (Stedman & Tanner 2003, Muggah 2006, Gerdes 2006).

Die hier vertretene These lautet, dass das Aufnahmeland die entscheidende Variable für eine Militarisierung von Flüchtlingslagern ist. Politische Organisationen der Flüchtlinge bzw. Gewaltakteure stellen eine Machtressource für einheimische Akteure dar. Wenn auf diese Machtressource zurückgegriffen wird, eröffnet dies den Flüchtlingen Spielräume, gegen einheimische Gruppen oder den Staat des Herkunftslandes vorzugehen.

Als Normalfall kann gelten, dass Aufnahmeländer gegen bewaffnete Elemente unter den Flüchtlingen vorgehen, da deren Aktivitäten zu internationalen Spannungen führen und sie ein potenzielles innenpolitisches Sicherheitsrisiko darstellen. Auch schwache Staaten verfügen in der Regel über ein starkes Repressionspotenzial. Rebellen dagegen sind normalerweise zu schwach, um gegen zwei Armeen zu kämpfen, und haben besondere Nachteile in einem fremden Land. Ein Staat, der entschlossen ist, Rebellen unter der Flüchtlingsbevölkerung zu kontrollieren, kann eine Residenzpflicht in Flüchtlingslagern und andere Beschränkungen der Mobilität auferlegen. Ein Teil der Flüchtlinge lehnt regelmäßig die Rebellenpräsenz ab oder verfolgt primär eigene materielle Interessen, womit gute Anknüpfungspunkte für die Informationsbeschaffung der Sicherheitskräfte vorhanden sind. Der Staat kann des Weiteren Flüchtlings­siedlungen – internationalem Recht entsprechend – in einer "reasonable distance", d.h. etwa 50 Kilometer, entfernt von der Grenze unterbringen. Regelmäßige Bewegungen von Rebellen über diese Entfernung sind bei entsprechendem Einsatz zu unterbinden. Im Extremfall wird ein Land ganze Flüchtlingsbevölkerungen ausweisen, wenn es sich nicht in der Lage fühlt, diese zu kontrollieren. So wies Tansania Mitte der 1990er ruandische Hutu



aus. Lediglich extrem schwache Staaten wie Myanmar, die nicht einmal den Anschein einer Kontrolle über das Staatsgebiet erwecken können, sind aus Gründen mangelnder militärischer Kapazitäten nicht in der Lage, Flüchtlingsbevölkerungen zu kontrollieren.

Da Regierungen im Allgemeinen reicher an Ressourcen sind als oppositionelle Gruppen bzw. politische Rivalen der herrschenden Macht, tendieren sie eher zur Bildung von Allianzen mit Flüchtlingsarmeen. Beziehungen von Flüchtlingen zu einheimischen oppositionellen Kräften führen mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer Verschlechterung der Situation für Flüchtlinge und insbesondere zu einem Vorgehen des Staates gegen bewaffnete Elemente. Wo oppositionelle Kräfte jedoch stark genug sind, um dem Regierungshandeln enge Grenzen zu setzen, mag auch eine Verbindung von Flüchtlingen mit Rivalen der dominanten Kraft von beiderseitigem Vorteil sein, wie beispielsweise zeitlich begrenzt im Libanon und in Jordanien (vgl. Viorst 1989, Gerdes 2006).

Die bedeutendste Ressource, die Flüchtlinge anbieten können, ist Gewalt. Sicherheitsinteressen von Regimen wiederum sind die bedeutendste Motivation zur Etablierung von Allianzen (Stedman & Tanner 2003, vgl. Muggah 2006). Im Gegensatz zur westlichen Welt ist Sicherheit in der Dritten Welt primär innere Sicherheit bzw. Regimestabilität (vgl. Ayoob 1995). Innenpolitischen Faktoren ist daher eine hohe Bedeutung beizumessen. Andere Staaten werden zudem vor allem dann als Bedrohung angesehen, wenn sie im Verdacht stehen, einheimische Dissidenten zu stärken.² Grundsätzlich haben Sicherheitsinteressen drei Dimensionen. Die politische stellt sich als Machtkonkurrenz dar, und ist in Afrika als Konkurrenz zwischen personalisierten Netzwerken zu betrachten. Die ökonomische Dimension ist als Wahrung wirtschaftlicher Chancen bzw. Einflussbereiche definiert, während die symbolische allgemein die Wahrung der nationalen Identität bedeutet. Trotz des primär innerstaatlichen Charakters von Bedrohungen haben alle Facetten der Sicherheit auch eine transnationale Dimension. Personalisierte politische Netzwerke,

² Hier besteht ein wichtiger Unterschied zu Allianzen westlicher Staaten mit (Flüchtlings-)Rebellen. Die von den USA unterstützte "Schweinebucht"-Invasion von Exilkubanern war durch Sicherheitsinteressen im Kontext einer staatszentrierten, westfälischen Ordnung motiviert. Kuba wurde als Gefahr gesehen, weil es den Block kommunistischer Staaten und damit staatliche Kriegskapazitäten stärkte, nicht weil es interne Dissidenten unterstützt hätte. Der Westen hat während des Kalten Krieges vielfach Flüchtlingshilfe genutzt, um verbündete Rebellen zu unterstützen, insbesondere in Thailand und Pakistan. Diese Allianzen folgten aber einer anderen Logik, als sie heutzutage in Drittweltländern zu beobachten ist.



ökonomische Interessengruppen und Legitimationsmuster bzw. Ideologien sind vielfach nicht auf ein Staatsgebiet beschränkt.

Dabei decken sich auch in Afrika tendenziell die Ebenen: Regime setzen Macht zur Aneignung wirtschaftlicher Chancen ein und schützenswert ist weniger eine nationale Identität als die ideologische Legitimierung des Regimes. Politische, wirtschaftliche und ideelle Interessen sind eng miteinander verbunden. Der politisch-ökonomische Komplex dieser Zusammenhänge wird mit dem Begriff des neopatrimonialen Staates beschrieben. Der Terminus bezeichnet eine Herrschaftsweise, in der patrimoniale, personalisierte Verwaltung mit bürokratischen Elementen durchzogen ist, wobei der Begrifflichkeit nach das patrimoniale Element überwiegt.

In der Weberschen politischen Soziologie fungiert Patrimonialismus als Oberbegriff für Verwaltungspraktiken traditionaler Herrschaft. In Abgrenzung zur bürokratischen Verwaltung liegt ihre Gemeinsamkeit darin, dass sie nicht formell rationalen Charakters sind. Verwaltungsposten werden nach Kriterien der Loyalität zum Herrscher vergeben und stellen ein zum persönlichen Nutzen eingesetztes Privileg dar. Bürokratische Praktiken wie Entscheidung nach Aktenlage und allgemeinen Prinzipien unabhängig von Ansehen der Person, Amtshierarchie, Fachausbildung, klar definierten Kompetenzen, Trennung von Amt und Person sind dem Patrimonialismus fremd (vgl. Weber 1976). Ein beständiges Problem patrimonialer Verwaltung ist, dass Amtsträger ihre Posten zur Akkumulation von Machtressourcen nutzen können und regelmäßig zur Bedrohung des Herrschers werden. Zur Umgehung dieses Problems war in patrimonialen politischen Verbänden die Besetzung des Sicherheitsstabes mit Fremden ("Stammfremden" und "Religionsfremden" in der Sprache Webers) eine verbreitete Praxis (Weber 1956:595-598). Diese können nur schwer Verbindungen mit einheimischen Rivalen aufbauen, wenige Machtressourcen akkumulieren und sind damit stark vom Wohlwollen des Herrschers abhängig. Einer ähnlichen Logik folgt die Eingliederung von Flüchtlingsarmeen oder auch Söldnern in afrikanische Sicherheitsapparate, wobei Flüchtlinge sich generell in einer stärkeren Abhängigkeit befinden und billiger sind. So diente die Allianz des zairischen Diktators Mobutu mit der Flüchtlingsarmee unter anderem der Bekämpfung innenpolitischer Rivalen (Reno 1998:164).



Afrikanische Sicherheitsapparate sind häufig stark zersplittert und personalisiert. Um sich gegen Putsche zu schützen, wurden vielfach mehrere Sicherheitsorgane etabliert, die untereinander nicht oder kaum in formellen Institutionen verbunden sind. Sie unterstehen meist direkt dem Präsidenten und konkurrieren um die Gunst des Herrschers. Oft ist Regimesicherheit auch durch informelle, außerstaatliche Akteure abgesichert. In Extremfällen, wie bspw. in Sierra Leone und Guinea unter Sékou Touré, wurden offizielle Sicherheitsorgane in desolaten Zuständen gehalten und Regimesicherheit wurde weitgehend über Jugendgangs und Parteilizen hergestellt. Länder, in denen der Sicherheitsapparat historisch durch solche starke Personalisierung und Informalisierung gekennzeichnet ist, tendieren am ehesten dazu, Flüchtlingsarmeen in den Sicherheitsapparat zu integrieren. Wenn Flüchtlingsarmeen primär der Versicherung gegen einheimische Dissidenten dienen, erklärt sich die Tolerierung von grenzüberschreitenden Aktionen als Kompensation für solche Sicherheitsleistungen. Nicht selten werden Flüchtlingsarmeen jedoch auch zur Schwächung eines als feindlich eingestuften Nachbarregimes verwendet.

Ein Ausgangspunkt für die Theoretisierung internationaler Beziehungen in Afrika ist Bayarts Konzept eines "trans-nationalen afrikanischen hegemonialen Blocks" (Bayart 1993). Der hegemoniale Block bezeichnet in Gramscis Theorie eine Herrschaftskoalition unterschiedlicher sozialer Gruppen, z.B. Bürgertum und Junker. In Folge von Modernisierungsprozessen ist in Afrika eine transnational verbundene elitäre Klasse im Entstehen, hat aber soweit kein Klassenbewusstsein entwickelt. Der Block ist vielmehr in konkurrierende, personalisierte politisch-ökonomische Netzwerke zersplittert. Die Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Faktionen kann Hintergrund der Frontstellung afrikanischer Staaten sein.

Die Zugehörigkeit zu transnationalen politisch-ökonomischen Faktionen ist teilweise auf die unterschiedliche Kolonialgeschichte zurückzuführen. Kolonialgeschichte und Unabhängigkeitskampf haben aber auch einen darüber hinausgehenden Einfluss auf die Wahrnehmung von Bedrohungen gehabt. Die ehemalige Kolonialmacht wird vielfach neokolonialistischer Einmischung und Versuchen der Destabilisierung "progressiver" Regime verdächtigt. Auf der anderen Seite fühlen sich die mit der ehemaligen Kolonialmacht verbundenen Regime von "progressiven" Staaten und deren internationalen Schutzherren bedroht. So war das Vorgehen Tansanias unter Nyerere gegen den ugandischen Diktator Idi



Amin auch durch die Wahrnehmung einer neokolonialistischen Bedrohung und einer Bedrohung der symbolischen Basis des Regimes bedingt. Nyerere hatte enge Beziehungen zum Vorgänger Amins, Milton Obote, unterhalten, und beide verscrieben sich einer Version des afrikanischen Sozialismus. Amin hatte gegen Obote geputscht, was im "blockfreien" Tansania als britisch-amerikanischer Versuch der Machtausweitung und anti-sozialistisches Unterfangen wahrgenommen wurde. Bei dem Krieg 1978/79 kamen neben tansanischen Truppen auch Flüchtlinge unter Kommando Yoweri Musevenis zum Einsatz.³ Eine weitere Variante kolonialgeschichtlicher Einflüsse stellt die Frontstellung von Staaten der britisch-amerikanischen und der französischen Einflusszonen dar. So waren sowohl der zairische Diktator Mobutu als auch das völkermörderische Regime Ruandas von Frankreich unterstützt worden. Mobutu interpretierte die Absetzung des befreundeten Regimes durch eine Rebellengruppe als bedrohliche Ausweitung des US-amerikanischen Einflussgebiets.

Zum Teil decken sich kolonialgeschichtlich erklärbare Frontstellungen und transnationale politisch-ökonomische Faktionen. So bedrohte beispielsweise die Allianz des liberianischen Rebellenführers Charles Taylor mit der Côte d'Ivoire und Burkina Faso guineisch-liberianisch-sierra-leonische Diamantenschmuggelnetze und damit ein wirtschaftliches Standbein des guineischen Regimes. Guinea hatte darüber hinaus historisch enge wirtschaftliche Beziehungen mit den USA etabliert und neokolonialistische Ambitionen Frankreichs als primäre Sicherheitsbedrohung definiert. Charles Taylors Rebellion wurde aufgrund seiner Beziehungen zu den mit Frankreich verbundenen Regimen Burkina Fasos und der Côte d'Ivoire als französischer Vorstoß und potenzielle Gefährdung des guineischen Regimes wahrgenommen. Im liberianischen Bürgerkrieg unterstützten die Côte d'Ivoire und Guinea konkurrierende Kräfte unter anderem mittels humanitärer und konventioneller Rückzugsbasen.

³ Für eine umfangreiche Darstellung der Geschichte grenzüberschreitender Konfliktkonstellationen in der Region der Großen Seen siehe Gerdes (2006:48-53).



5. Schlussfolgerungen

Flüchtlinge konstituieren eine spezifische soziale Basis von Konfliktparteien. Als solche teilen sie bestimmte Charakteristika auf politischer, wirtschaftlicher und symbolischer Ebene. Eine Rückführung der Verwicklung von Flüchtlingen in Kriege auf wirtschaftliche Faktoren und innerhalb dieses Komplexes auf humanitäre Hilfe greift dabei deutlich zu kurz. Es ist zunächst der Ausschluss aus Systemen physischer, materieller und symbolischer Sicherheit, der der Integration in eine Ordnung von Flüchtlingsarmeen vorausgeht oder gar Motivationen für den Eintritt in Kampfverbände erzeugt. Allerdings fügen sich Dynamiken der Exklusion im Aufnahmeland insbesondere bei langfristigen Flüchtlingskrisen in die Motivlage von Kombattanten ein. Die Integration in die Ordnung von Flüchtlingsarmeen verhindert teilweise eine zivile Reintegration. Politische Zusammenhänge, kulturell verankerte Formen des Umgangs mit Fremden, vermachtete Märkte und mangelndes Wirtschaftswachstum in Gastländern sind jedoch Faktoren, die für sich genommen oft einer langfristigen zivilen Integration entgegenstehen (vgl. Gerdes 2006:17-34). Als strukturell neuartige, im Kriegskontext geschaffene soziale Basis von Konfliktparteien kann die Einbindung von Flüchtlingen in Kämpfe als Teilaspekt einer allgemeinen Tendenz von Kriegen, sich von ursprünglichen Ursachen zu entkoppeln und selbstbegründend zu werden, analysiert werden (vgl. Siegelberg 1994, vgl. Muana 1997, vgl. Keen 2000, vgl. Waldmann 2000).

Motivationen müssen durch Kampfkapazitäten ergänzt werden, um sich in Kriege zu übersetzen. Flüchtlingslager sind vielfach vorteilhaft für die Stärkung von Kampfkapazitäten. Die Auflösung alter politisch-administrativer Strukturen als Folge der Flucht und die Bildung neuer in Flüchtlingslagern schafft Freiräume und Zugangsmöglichkeiten für Rebellengruppen, die diese aufgrund ihrer organisatorischen Stärke häufig erfolgreich nutzen können. Humanitäre Hilfe und wirtschaftliche Aktivitäten der Flüchtlinge können zusätzlich Kriegsökonomien stützen, wenn auch tendenziell in geringem Maße. Schließlich werden Flüchtlingsbevölkerungen durch symbolisch aufgeladene Gewalterlebnisse und Flucht als Schicksalsgemeinschaft zusammengefügt.

Allerdings verfügt der Staat des Aufnahmelandes über weit reichende Möglichkeiten, Angriffe von seinem Territorium auf Nachbarländer zu unterbinden und nutzt diese meist auch. Rebellen, die aus Flüchtlingslagern heraus operieren, genießen die Rückendeckung



politischer Kräfte des Aufnahmelandes. Meist ist dies das Regime selbst, das Flüchtlingsarmeen in seinen Sicherheitsapparat integriert. Länder, in denen Flüchtlingsbevölkerungen militarisiert sind, sind typisch solche, die klassisch als instabil bezeichnet werden. Die Herrschaftsweise ist autoritär bzw. die Konkurrenz um die Macht ist kaum institutionalisiert, während das Regime durch rivalisierende Kräfte herausgefordert wird. Dazu sind Machtbeziehungen bis in den Sicherheitssektor hinein stark informalisiert.

6. Literatur

- Adelmann, Howard 1998: "Why Refugee Warriors are Threats." *Journal of Conflict Studies*, Vol. 18, No. 1, S.49-69.
- Adelmann, Howard 2003: "The Use and Abuse of Refugees in Zaire." In: Stedman, Stephen John & Fred Tanner (Hg.) 2003: *Refugee Manipulation. War, Politics, and the Abuse of Human Suffering*. Washington (D.C.): Brookings, S.95-134.
- Anderson, Benedict 1993: *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts*. 2. Auflage. Frankfurt/Main: Campus.
- Ayoob, Mohammed 1995: *The Third World Security Predicament. State Making, Regional Conflict, and the International System*. Boulder und London: Lynne Rienner.
- Bayart, François 1993: *The State in Africa. Politics of the Belly*. London: Longman.
- Berdal, Mats & David Malone (Hg.) 2000: *Greed and Grievance. Economic Agendas in Civil Wars*. Boulder und London: Lynne Rienner.
- Collier, Paul, Anke Hoeffler & Mans Söderboom 2004: "On the Duration of Civil War." *Journal of Peace Research*, Vol. 41, No. 3, S.253-273.
- Elias, Norbert 1983: "Über den Rückzug der Soziologen auf die Gegenwart." *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Vol. 35, No. 1, S.29-40.
- Elwert, Georg 1989: "Nationalismus und Ethnizität. Über die Bildung von Wir-Gruppen." *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 41, Nr. 3, S.440-464.
- Emizet, Kisangani N. F. 2000: "The Massacre of Refugees in Congo: A Case of UN Peacekeeping Failure and International Law." *Journal of Modern African Studies*, Vol. 130, No. 2, S.163-202.



- Gerdes, Felix 2006: *Forced Migration and Armed Conflict. An Analytical Framework and a Case Study of Refugee-Warriors in Guinea*. Forschungstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung, Arbeitspapier Nr. 1. Hamburg: Universität Hamburg.
www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/Ipw/Akuf/publikationen.htm#Arbeitspapiere, Zugriff am 01. Juli 2006.
- HRW (Human Rights Watch) 1998: *Sowing Terror. Atrocities Against Civilians in Sierra Leone*. Vol. 10, No. 3(A). www.hrw.org/reports98/sierra/, Zugriff am 22. April 2004.
- Jacobsen, Karen 2000: "A Framework for Exploring the Political and Security Context of Refugee Populated Areas." *Refugee Survey Quarterly*, Vol. 19, Nr. 1, S.3-22.
- Jean, François & Jean-Christophe Rufin, (Hgg.) 1999: *Ökonomie der Bürgerkriege*. Hamburg: Hamburger Edition (IFS).
- Jung, Dietrich 1995: *Tradition – Moderne – Krieg. Grundlegung einer Methode zur Erforschung kriegsursächlicher Prozesse im Kontext globaler Vergesellschaftung*. Münster: Lit.
- Keen, David 2000: "Incentives and Disincentives for Violence." In: Berdal, Mats & David Malone (Hg.) *Greed and Grievance. Economic Agendas in Civil Wars*. Boulder: Lynne, S.19-41.
- Lischer, Sarah Kenyon 2000: *Refugee Involvement in Political Violence. Quantitative Evidence from 1987-1998*. [New Issues in Refugee Research/UNHCR Working Paper No. 26. Genf](http://www.unhcr.org/refugeesearch/papers/26/), Zugriff am 22. April 2004.
- Luttwak, Edward N. 1999: "Give War a Chance." *Foreign Affairs*, Vol. 78, No. 4, S.36-44.
- Malkki, Liisa H. 1995: *Purity and Exile: Violence, Memory, and National Cosmology among Hutu Refugees in Tanzania*. Chicago und London: University of Chicago Press.
- Muana, Patrick K. 1997: "The Kamajoi Militia. Civil War, Internal Displacement and the Politics of Counterinsurgency." *Africa Development*, Vol. XXII, Nos. 3+4, 77-100.
- Muggah, Robert (Hg.) 2006: *No Refuge. The Crisis of Refugee Militarization in Africa*. London und New York: Zed Books.
- Reno, William 1998: *Warlord Politics and African States*. Boulder und London: Lynne Rienner.
- Reno, William 2000: "Shadow States and the Political Economy of Civil Wars." In: Berdal, Mats & David Malone (Hg.) *Greed and Grievance. Economic Agendas in Civil Wars*. Boulder: Lynne, S.43-67.



- Reynell, Josephine 1989: *Political Pawns: Refugees on the Thai-Kampuchean Border*, Oxford: Refugee Studies Programme.
- Rufin, Jean-Christophe 1999: "Kriegswirtschaft in internen Konflikten." In: Jean, François & Jean-Christophe Rufin (Hg.) 1999: *Ökonomie der Bürgerkriege*. Hamburg: Hamburger Edition (IFS), 15-46.
- Shearer, David 2000: "Aiding or Abetting? Humanitarian Aid and its Economic Role in Civil War." In: Berdal, Mats & David Malone (Hg.) *Greed and Grievance. Economic Agendas in Civil Wars*. Boulder: Lynne, 189-203.
- Siegelberg, Jens 1994: *Kapitalismus und Krieg. Eine Theorie des Krieges in der Weltgesellschaft*. Münster: Lit.
- Stedman, Stephen & John Tanner, Fred (Hg.) 2003: *Refugee Manipulation. War, Politics, and the Abuse of Human Suffering*. Washington (D.C.): Brookings.
- Viorst, Milton 1989: *Reaching for the Olive Branch. UNRWA and Peace in the Middle East*. Washington (D.C.): Middle East Institute.
- Waal, Alex de 1997: *Famine Crimes. Politics and the Disaster Relief Industry in Africa*. Bloomington und Oxford: James Currey, Indiana University Press.
- Waldmann, Peter 2000: "The Dynamics and Consequences of Civil War." In: Krumwiede, Heinrich-W. & Peter Waldmann (Hg.): *Civil Wars. Consequences and Possibilities for Regulation*. Baden-Baden: Nomos, 105-129.
- Weber, Max 1956: *Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriss der verstehenden Soziologie*. 4. Auflage, 2. Halbband. Tübingen: J. C. B. Mohr (Paul Siebeck).
- Weber, Max 1976: *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der Verstehenden Soziologie*. 6. Auflage, 1. Halbband. Tübingen: J. C. B. Mohr (Paul Siebeck).
- Zartmann, I. William 2001: "The Timing of Peace Initiatives: Hurting Stalemates and Ripe Moments." *Global Review of Politics*, Vol. 1, No. 1, 8-18.
- Zolberg, Aristide R., Astri Suhrke & Sergio Aguayo 1989: *Escape from Violence. Conflict and the Refugee Crisis in the Developing World*. Oxford: Oxford University Press.